



Betreff:

öffentlich

Mehrausgaben in der Eingliederungshilfe für Behinderte i.V. mit der Gemeindegebietsreform

Erstellungsdatum 26.11.2003

Eingang 902: _____

Einreicher: FB Soziales, Wohnen und Senioren

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.12.2003	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Für die weitere Gewährung von Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte werden in der HST: 41200.74104 zusätzliche Mittel in Höhe von 102.154 EURO bereitgestellt (überplanmäßige Ausgabe). Die Mehrausgaben ergeben sich durch die Gemeindegebietsreform.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die zusätzliche Übernahme von 30 Fällen in der stationären und teilstationären Eingliederungshilfe werden noch in diesem Jahr 102.154 EURO benötigt.
 Als Deckungsquelle für die Mehrausgaben steht die HST: 90500.26800 zur Verfügung (nicht mehr anfallende Ausgaben für die Kreisumlage).

Diesbezügliche Einnahmen können z.Z. noch nicht abgeschätzt werden. Diese werden unter der HST: 41200.16105 - Erstattung vom Land für . 74104 verbucht.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Mit der Gemeindegebietsreform übernimmt der Fachbereich Soziales, Wohnen und Senioren zusätzlich 30 Fälle der stationären und vollstationären Eingliederungshilfe.

Lt. Information von Potsdam-Mittelmark werden die Ausgaben für die Monate November und Dezember 2003 insgesamt 102.154 EURO betragen.

Die Höhe der erstattungsfähigen Kosten kann derzeitig noch nicht eingeschätzt werden.